



**Klima- und Umweltpolitik aus der Perspektive des ländlichen
Raumes denken / Mehr Respekt für Landwirte, Forstwirte und
Dorfbewohner**

Umwelt- und insbesondere Klimaschutz sind uns wichtig. Beim Klimaschutz sind wir mit Friedrich Merz einer Meinung: „Wir haben mit dem Klimawandel ein ernsthaftes Problem. Es ist jenseits von Krieg und Frieden wahrscheinlich das größte Problem, das wir in den nächsten Jahrzehnten lösen müssen.“ ([Web.de 07.04.2023](#)) Wir haben am Green Deal der Europäischen Kommission federführend mitgewirkt und gemeinsam mit anderen Kollegen erreicht, dass durch eine Ambitionssteigerung beim Europäischen Emissionshandel, dem größten Klimaschutzgesetz aller Zeiten und bei den Regeln zum Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft (LULUCF) die Ergebnisse so ambitioniert sind, dass wir nicht nur 55 % in 2030 erreichen, sondern sogar über 57 %. Auf der anderen Seite sehen wir, dass die Menschen insbesondere im ländlichen Raum, von den Vorschlägen, die vor allem auf Betreiben der Grünen in Berlin und in Brüssel gemacht werden, objektiv überfordert sind. Wir brauchen eine andere Herangehensweise und müssen die Menschen im ländlichen Raum besser mitnehmen. Viele Dinge kann man sich in den Hochburgen der Grünen kaum vorstellen. Von einer Dachterrasse in Berlin-Prenzlauer Berg, Stuttgart-Birkach, Brüssel-Woluwe-Saint-Lambert oder Köln-Ehrenfeld kann man leicht Vorgaben für die Landwirt- und Forstwirtschaft sowie die Menschen im ländlichen Raum insgesamt machen. Die Umsetzung vor Ort ist allerdings manchmal schwierig bis unmöglich. Wir fordern mehr Verständnis für den ländlichen Raum und möchten dies an sechs konkreten Beispielen und sechs konkreten Forderungen deutlich machen.

1. Marktwirtschaft und sozialer Ausgleich statt Heizungsverbot

- Es ist leicht, in der Großstadt den Einbau von umweltfreundlichen Heizungen zu fordern. Viele Immobilienbesitzer in Großstädten sind sehr wohlhabend.
- in Köln, Berlin oder Stuttgart kann sich ein Durchschnittsverdiener kaum einen Hauskauf leisten. In den ländlichen Gebieten, zum Beispiel in der Lausitz oder im Sauerland gibt es viele Familien, die in Dörfern leben und bei denen ein relativ altes, schlecht isoliertes Haus der einzige wirkliche Besitz ist. Diese Immobilien sind dann teilweise nur 40.000 bis 50.000 € Wert und der Einbau einer Wärmepumpe mit den oft nötigen Sanierungen übersteigt komplett die finanziellen Möglichkeiten.
- Wir fordern Bundeswirtschaftsminister Habeck auf, seine Pläne für ein Verbot von fossilen und Biomasseheizungen ab 01.01.2024 ersatzlos zu streichen. Das deutsche Brennstoffemissionshandelsgesetz und das kürzlich beschlossene ETS II für Wärme und Straßenverkehr in Europa garantieren, dass die Klimaziele auch ohne solche Verbote erreicht werden und lassen jedem Hausbesitzer genügend Alternativen. Es ist eine Vorgabe der Europäischen Union bei der Verteilung der Einnahmen aus dem Emissionshandel auch soziale Aspekte zu berücksichtigen. Diese Vorgabe muss in Deutschland so schnell wie möglich umgesetzt werden. Menschen, die unterdurchschnittlich verdienen müssen deutlich mehr als 30 % Zuschuss beim Einbau einer Wärmepumpe bekommen ([siehe Papier Klimaschutz in Wohngebäuden](#))

2. Vorrang von Weidetierhaltung gegenüber Wölfen

- Es ist leicht im grünen Milieu in Köln-Ehrenfeld zu sagen: „Wir sollten den Wolf willkommen heißen“.
- Wenn man als Schaf- oder Rinderhalter darauf angewiesen ist, dass die Tiere auf der Weide sind und durch naturnahe Landwirtschaft auch die Biodiversität unterstützt, ist der Wolf ein Riesenproblem.
- Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, ähnlich wie in Schweden oder Frankreich ein aktives Wolfsmanagement durchzuführen und dafür zu sorgen, dass insbesondere Wölfe, die Tiere reißen unmittelbar entnommen werden, das heißt, getötet werden.

3. Die Luft in Deutschland und Europa ist drastisch besser - Autofahrer durchatmen lassen

- Es ist leicht im grünen Milieu wie in Stuttgart-Birkach oder Köln-Ehrenfeld zu sagen, wir brauchen strengere Luftqualitätswerte und wir wollen mit Fahrverboten dafür sorgen, dass unsere Luft noch besser wird.
- Ein Handwerker aus dem ländlichen Raum der seine Kunden nur mit seinem Diesel erreichen kann und für den jedes Fahrverbot eine existenzielle Krise ist, sieht das naturgemäß anders. Die Luftqualität ist in Deutschland und Europa in den letzten zehn Jahren drastisch besser geworden. Stickoxide und Feinstaub sind gegenüber den Neunzigerjahren auf ein Drittel gesunken, das heißt um fast 70%.
- Die Forderung nach drastischer Verschärfung, wie sie von den Grünen und vom Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans kommt, lehnen wir ab. Insbesondere müssen Autofahrer Zeit zum Durchatmen bekommen. Die Einbeziehung des Seeverkehrs in den Emissionshandel wird dafür sorgen, dass insbesondere in Städten an Küsten und Flüssen die Luftqualität besser wird.

4. Ernährungssicherheit statt Pflanzenschutzverbot

- Es ist leicht und vielleicht sogar naheliegend, aus der Großstadt zu fordern, dass in kürzester Frist 50 % der Pflanzenschutzmittel eingespart werden müssen und in Landschaftsschutz- oder Vogelschutzgebieten überhaupt keine Pflanzenschutzmittel mehr eingesetzt werden dürfen.
- Wenn man als Landwirt in schwierigen Zeiten einen Beitrag zur Ernährungssicherheit leistet und partnerschaftlich mit Naturschützern zusammenarbeitet, um zum Beispiel Nester von Bodenbrütern nicht zu zerstören, hat man aber kein Verständnis für solche Forderungen.
- Wir fordern eine substanzielle Änderung des Vorschlags der Europäischen Kommission zum Pflanzenschutz. Die Reduzierungsziele müssen realistisch sein und das Komplettverbot für spezielle Gebiete muss vom Tisch.

5. Naturschutz mit den Landnutzern

- Es ist leicht, aus dem grünen Milieu in der Innenstadt von Bonn, Aachen oder Tübingen eine Ausweisung von Naturschutzgebieten und ein strengeres Management in Naturschutzgebieten zu fordern.
- Wenn man als Land- und Forstwirt seinen Lebensunterhalt dadurch verdient, dass man mit der Natur und in der Natur arbeitet, sind viele Beschränkungen manchmal nicht verständlich und führen zu Existenzängsten.
- Wir fordern pragmatischen Naturschutz mit der Land- und Forstwirtschaft sowie den Kommunen und Unternehmen im ländlichen Raum. Den Vorschlag der Europäischen Kommission des Naturwiederherstellungsgesetzes (Nature Restoration Law) lehnen wir in dieser Form ab und fordern die Kommission auf, den Vorschlag zurückzuziehen und einen neuen Vorschlag vorzulegen, der die Anliegen der Menschen in ländlichen Raum berücksichtigt.

6. Nachhaltige Forstwirtschaft statt Verbot von Biomassenutzung

- Es ist leicht, in der Innenstadt von Berlin zu fordern, dass wir aufhören müssen, Holz zu Heizzwecken zu verwenden und den Wald sich selbst zu überlassen.
- Aber viele Menschen leben vom Wald. Nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes ist für viele Menschen im ländlichen Raum die wichtigste Altersversorgung. Und für viele Menschen im ländlichen Raum ist Holz auch die einzige realistische Option, um vom Gas oder Öl wegzukommen.
- Die Diskriminierung von Biomasse durch die Grünen, unter anderem beim Heizenergiegesetz aber auch durch Forderungen der Grünen im Europäischen Parlament, muss aufhören. Nachhaltig erzeugte Biomasse ist klimaneutral. Dies berücksichtigt der Europäische Emissionshandel und die Richtlinie der EU zu Erneuerbaren Energien. Durch die Regeln zur Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forsten im Klimaschutz (LULUCF) sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, nicht nur die Klimawirkung des Waldes, wie sie aktuell ist zu erhalten, sondern sie müssen sie sogar verbessern. Eine komplette Abholzung Europas, wie sie als Horrorszenarium beschrieben wird, ist dadurch völlig ausgeschlossen.

Klima- und Umweltschutz bleiben wichtige Anliegen und auch die Menschen im ländlichen Raum dürfen sich diesem Anliegen nicht verschließen. Gerade die CDU muss als Volkspartei für großstädtische Milieus und für den ländlichen Raum gleichermaßen wählbar sein. Wir bemühen uns daher immer wieder in unseren ländlich geprägten Wahlkreisen auch die Sichtweise der Großstädte mit in die Diskussion einzubringen. Wir erkennen aber zurzeit sowohl in Deutschland als auch in Europa nicht, dass dies umgekehrt genauso passiert. Zu oft wird über die Köpfe von Dorfbewohnern, Landwirten, Forstwirten und anderen im ländlichen Raum hinweg ideologisch und dogmatisch reagiert. Das muss sich ändern, wenn wir den sozialen Frieden in Deutschland und Europa erhalten und sinnvolle Klima- und Umweltziele nachhaltig erreichen wollen.

Norbert Lins MdEP
norbert.lins@ep.europa.eu

Dr. Peter Liese MdEP
peter.liese@europarl.europa.eu